

Arbeitsverweigerung auf höchster Ebene - EU und Verkehrsministerien auf Bundes- und Landesebene sitzen das Problem der Fahrerlaubnis für ukrainische Flüchtlinge aus

Das Problem ist bekannt: Ein halbes Jahr nach einer ständigen Wohnsitznahme in Deutschland müssen Fahrerlaubnisse aus der Ukraine und anderen Nicht EU-Ländern umgeschrieben werden. Damit sind eine theoretische und eine praktische Fahrprüfung verbunden. In sechs Wochen beginnt die kritische Phase. Dann halten sich Tausende Geflüchtete aus der Ukraine länger als ein halbes Jahr in Deutschland auf. Auf die örtlichen Behörden, die Polizei, die Prüfer*innen und die Fahrschulen rollt eine kaum zu bewältigende Welle zu.

Die meisten Behörden gehen davon aus, dass eine Anmeldung beim Einwohnermeldeamt und der Bezug einer Wohnung Indizien für eine ständige Wohnsitznahme sind. Aber ist das wirklich so? Es gibt begründete Zweifel:

- Sehr viele Flüchtlinge aus der Ukraine wollen zurück, sobald der Krieg es zulässt. Sie möchten sich in Deutschland nicht dauerhaft niederlassen. Beim Einwohnermeldeamt haben sie sich angemeldet, damit sie nicht illegal werden.
- Viele Flüchtlinge müssen sogar in regelmäßigen Abständen zurück, um ihre Arbeitskontrakte zu erneuern und Versorgungsansprüche nicht zu verlieren. Sie kommen aber wieder, weil zuhause Wohnungen zerstört sind und das Kriegsgeschehen allgegenwärtig ist. Sie sind hier gemeldet, aber von einer beabsichtigten Niederlassung kann nicht die Rede sein. Der Migrationsforscher Franck Düvell von der Universität Osnabrück hat dafür schon den Begriff der "[Pendel-Migration](#)" geprägt.
- Aus guten individuellen Gründen liegt die Vermutung nahe, dass sich Flüchtlinge aus der Ukraine länger als ein halbes Jahr nach der Anmeldung nur vorübergehend in Deutschland aufhalten.

Auf zwei Ebenen sind inzwischen Lösungen angedacht worden:

- Die EU könnte eine [vorübergehende Anerkennung](#) der ukrainischen Fahrerlaubnis veranlassen. Ankündigungen hat es gegeben, Resultate nicht.
- Die Verkehrsminister des Bundes und der Länder könnten eine verbindliche Interpretation des Begriffs „ständige Wohnsitznahme“ erlassen und damit den Termindruck vermindern. Sie wollten eigentlich Ende Mai zu Potte kommen, haben aber keine Regelung produziert. Ende Juni treffen sie sich wieder. Hoffentlich gibt es dann ein Ergebnis.
- Handlungsspielraum auf Ebene der Landkreise besteht offenbar nicht. Die Behörden dort sind an EU- und bundesweite Regelungen gebunden.

Jetzt muss dringend eine Lösung her, und wenn es keine gibt, dann wenigstens ein staatlicher Offenbarungseid über das Unvermögen, mit der Situation umzugehen. Die Geflüchteten aus der Ukraine müssen wissen, wie sie sich zu verhalten haben. Am besten sagen ihnen das zuständige Stellen auf ukrainisch und / oder russisch. Und das möglichst schnell.